



UNIVERSITÄTS-  
BIBLIOTHEK  
PADERBORN

## **Universitätsbibliothek Paderborn**

### **Ostwestfalens Leistungsentfaltung und Wiederbegründung seiner Universität in Paderborn**

**Hamann, Heinz**

**[Paderborn], 1965**

Zur bildungsökonomischen Grundsatzfrage des Landes-Raum-Problems

**urn:nbn:de:hbz:466:1-8148**

festhalten: Aus bevölkerungsökonomischer Landessicht kommt der Erhaltung Ostwestfalens als Rückgrat für die Bevölkerungsbestandszunahme entscheidende landespolitische Bedeutung zu. In diesem Zusammenhang darf nicht die Bedeutung der Bildungsökonomik übersehen werden. Ganz besonders gilt das für die Gebiete, in denen die Bevölkerung eindeutig unter Beweis gestellt hat, daß sie noch nicht von den großstädtischen Unsitten im ehelichen Bereich zu stark angekränkelt ist. Wo immer in gesunden Räumen die Ehepaare eine Chance wissen, den Kindern nach ihrem Ermessen dereinst einen guten Weg ins Leben ebnen zu können, weil sie die Bildungsmöglichkeiten für günstig ansehen, pflegen sie unter sonst existenzsicheren Voraussetzungen sinnvoll zu handeln und sich ihrer gewollten Kinder zu erfreuen.

Zur bildungsökonomischen Grundsatzfrage

-----  
des Landes-Raum-Problems.  
-----

Vom Bildungsnotstand zu sprechen besteht gegenwärtig in Nordrhein-Westfalen allgemein kein echter Anlaß mehr. Seit Beginn der Amtsführung von Prof. Mikat als Kultusminister ist in schulpolitischer Beziehung nicht nur Erhebliches getan sondern auch für die Zukunft zielgerecht ausgerichtet worden. Sollen einige vom ländlichen Raum her besonders positive Maßnahmen angeführt werden, so sind die Fach-Gymnasien an erster Stelle zu erwähnen. Mit ihrer Begründung wird ein Jahrzehnte hindurch fühlbares Vakuum geschlossen. Nun ist auch für die dörfliche vorwärtsstrebende Jugend verständiger Eltern die Chance geboten, von der Mittel- oder gleichwertiger Schulvorbildung aus auf einem gangbaren Wege einer Reifeprüfung zuzustreben, die den Zugang zu einem akademischen Beruf eröffnet. Es ist zu vermuten, daß diese so wertvolle Erweiterung des ersten Bildungsweges in absehbarer Zeit dem zweiten Bildungsweg einen beträchtlichen und sicherlich nicht den qualitativ schlechteren Teil der Bewerber entziehen wird. Die Fachgymnasien geben die bedeutsame Chance, ohne vorhergehenden Zeitverlust innerhalb der praktischen Berufsausbildung ein erstrebenswertes Bildungsziel zu erreichen.

Der Begriff des Ökonomischen gehört in zweifacher Hinsicht ebenso wie zum Arbeits- und Bevölkerungsproblem auch zur Bildungsfrage. Einmal ist die Kinderausstattung mit "Bildung" für die Eltern zu- meist ein höchst wichtiges ökonomisches Problem. Im bevölkerungs- ökonomischen Zusammenhang wurde hierzu bereits einiges gesagt. Auf landespolitischer Ebene kommt einem bildungsökonomischen Ver- halten ein hohes Maß von Beachtung zu. Ob es darum geht, Forschungs- kräfte richtig einzusetzen, etwa irgendwie hemmende Verwaltungsvor- schriften im Interesse der Forschung großzügig auszulegen, entstehende Probleme rechtzeitig zu erkennen und bearbeiten zu lassen, Studien- zeiten in einem angemessenen Rahmen zu halten - immer wo der Faktor Zeit in Erscheinung tritt, rückt die ökonomische Frage in den Vordergrund, wenn man es nur einmal unternimmt, das betreffende Prob- lem nach allen Seiten hin zu ventilieren. Ganz besonders trifft das zu, wenn es sich darum handelt, Fragen von so hoher Bedeutung nach- zugehen, wie sie in einer wachsenden Volkswirtschaft sich aus ge- wissen Verhältnissen der Entwicklungen in den einzelnen Räumen ergeben können. Und wer wollte Grundsatzfragen dieser Art nicht den Bildungs- ökonomischen zuordnen?

Für den Industriestaat kommt es entscheidend darauf an, auch den außenwirtschaftlichen Fragen von bildungsökonomischer Warte aus gegen- über zu treten. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß wir mit den Fragen der "Neuen Wirklichkeit" nur fertig werden können, wenn wir rechtzeitig genug anfangen, die raumwirtschaftlichen Probleme der Erschließungsländer zu klären und die für uns wichtigen Schlußfolge- rungen in jeder Hinsicht zu ziehen. Eine vorsorgliche Raumerforschung kann sich für einen weltmarktgebundenen und weltmarktverbundenen Industriestaat, der auf die zukunftsbezogene Sicherung eines ange- messenen Marktanteils naturgemäß angewiesen ist, nur ökonomisch und sozialwirtschaftlich positiv auswirken.

Dass schließlich eine aktive Bildungspolitik, die bewußt auf eine Steigerung des arbeitsökonomischen Nutzeffektes und eine Verbesserung der bevölkerungsökonomischen Verhältnisse ausgerichtet ist, von vorn- herein einen bildungsökonomischen Generaleffekt mit sich bringt, wird nur erwähnt, um diese wichtige Frage festgehalten zu haben.

Um Grundlagen und Gliederungen hochschulpolitischer Zielsetzungen.

geht seit Jahrzehnten das Ringen. Für die Bewältigung der Zukunftsaufgaben dürfte nichts vorranglicher und wichtiger sein, als eine Bildungsausrichtung, welche den Absolventen eines Studiums nicht nur den fachbezogenen Wissensstoff vermittelt, sondern auch zugleich den Blick öffnet und weitet für die Grundsatzfragen der Umwelt des zukünftigen Wirkungsbereiches.

Mit der Heraushebung des Begriffes der formierten Gesellschaft ist eine nicht zu übersehende Akzentuierung gesellschaftswissenschaftlicher Aufgaben erfolgt.

Sie bedingen im Grundsätzlichen eine Aktivierung in den Bezirken der Bildungs- und Kulturpolitik. Es geht um das Fundament für einen Entwicklungsvorgang von grundlegender Bedeutung. Die großen Gemeinschaftsaufgaben einer neuen Gesellschaftswendung dürfen an den Klippen der Uniformierung und Deformierung keinen Schaden nehmen, welche in der Auseinandersetzung unserer auf christlicher Grundkonzeption basierenden und konstruktiven Gestaltung sowie Lenkung der Produktionsfaktoren mit den vom Atheismus geprägten destruktiven Kräften und Bestrebungen auftreten.

Theimer konnte in seiner Untersuchung der politischen Ideengeschichte <sup>9)</sup> vor 10 Jahren noch zutreffend feststellen, daß in der Fortentwicklung der politischen Ideen eine Pause eingetreten sei. Inzwischen ist die Pause beendet. Von verschiedenen Seiten her sind auch in der Front des freien Westens neue kraftvolle Impulse zu verspüren. In den Reihen der Führungskräfte der christlichen Kirchen und unter den christlichen Politikern werden neue Ideen erörtert, die sichtbar machen, daß neue Ufer angesteuert werden. Mag auch in Gegenwartsfragen und Einzelproblemen noch vieles an Gegensätzlichem zwischen De Gaulle und Ludwig Erhard zu überwinden sein, so tendieren gleichwohl beide Repräsentanten christlich-abendländischer Grundauffassung letztlich mit ihren Konzeptionen insofern in eine Richtung, als sie wirtschafts- und gesellschaftspolitisch um ein Europa der Freien und Gleichen ringen. Wie der Verlauf des großen Konzils in Rom und die Verleihung des Kardinalpurpurs an den Paderborner Erzbischof erkennen lassen, wird die Frage der Wiederherstellung einer Einheitsfront der Christen an höchster Stelle sehr ernst genommen.

9) Theimer, W.: Geschichte der politischen Ideen, 1955, Seite 7

Das Europaproblem erfordert nicht nur auf höchster politischer Ebene sondern auch auf allen anderen Bereichsebenen ein Höchstmaß an Wissen und Wollen aller geistigen, gestaltenden und führenden Kräfte. Daraus folgt, daß schon während des Studiums eine Hinwendung der Studierenden zu den Randgebieten unerlässlich ist. Die Grenzziehung der Pflichtfächer kann daher an den Fakultätsgrenzen im alten Sinne nicht halt machen. Und die Hohen Schulen werden in ihrer Anpassung an ihre gesamtpolitische Aufgabe dem Faktor R a u m künftighin eine seiner zentralen Bedeutung gemäß Einordnung in die Lehr- und Bildungspläne zugestehen müssen.

Für die Studienplanung folgt daraus, daß Theologen wie Pädagogen, Mediziner wie Richter und Diplomaten wie Verwaltungsbeamte und Volkswirtschaftler anzuhalten sein werden, die raumpolitischen ökonomischen und soziologischen Probleme in sich aufzunehmen, zu verarbeiten und so ein Fundament zu gewinnen, auf dem sie späterhin ihren Mann gegenüber allen Anfeindungen stehen können. Zweifelsfrei bedeutet die Erweiterung des Grundstudiums um die "Raumfrage" die Vermehrung der Anforderungen, die an die Studierenden und ihre Konzentrationsfähigkeit zu stellen sind. Das aber kann kein Nachteil sein. Wir geben nur der Wahrheit die Ehre, wenn wir konstatieren, daß die Zukunftsaufgaben nichts mehr erfordern als die Heranbildung einer jungen Generation von Format, die über Leistungsfähigkeit und Arbeitsenergie verfügt, um mit der Konkurrenz in den außereuropäischen Erschließungsräumen die fällige Auseinandersetzung zu Gunsten unserer Grundauffassung bestehen zu können.

Wenn aus gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Gründen die Anforderungen zu erhöhen sind, so muß andererseits befürwortet werden, daß die staatliche Unterstützung während des Studiums auf eine realistischere Basis gestellt wird. Es kann der Sache wirklich nicht dienen, wenn amtlicherseits so getan und verfahren wird, als ob die normalen Gehälter der Akademiker im Staatsdienst völlig ausreichen, um ein Studium von Kindern aus solchen Ehen völlig zu finanzieren. Ohne in diesem Zusammenhang irgendwie zur lohnpolitischen Polemik einen Beitrag leisten zu wollen, dürfen wir festhalten, daß im Zuge der seit Jahrzehnten zu verzeichnenden Nivellierung der Arbeitnehmer-einkommen die Grenzen, von der ab Studienfinanzierungen aus öffentlichen Mitteln gewährt werden, allmählich auf einen allzu tiefen Stand abgesunken sind. Wenn der Staat aus ökonomischen Gründen seine Bediensteten bescheiden besoldet, kann er nicht von der moralischen Verpflichtung freigestellt werden, die Finanzierung der Ausbildung von

Nachwuchskräften sehr viel weitgehender zukünftig zu übernehmen, als es bisher üblich ist.

Allerdings ist aus arbeits- und bildungsökonomischen Gründen die Auffassung gerechtfertigt, daß nicht die Lohntüte des Vaters, sondern die Befähigung und immer wieder unter Beweis zu stellende Arbeitsenergie eines Stipendienbewerbers ausschlaggebend sein sollten, wenn es sich um die Frage der Finanzierung an sich und um die Höhe von Beihilfen oder Studienkrediten handelt. Es ist daher nur eine logische Folge einer realistischen Beurteilung der bildungspolitischen Grundsatzzfragen, wenn die Anregung unterbreitet wird, bildungsökonomisch auch bei der Behandlung wichtiger hochschulpolitischer Interna zu verfahren.

Unter den hier bevorzugt zu erwähnenden Fragen seien genannt:

1. Absolvierung von 3 Studiensemestern innerhalb eines Jahres,
2. Verbindliche Zwischenprüfung nach dem 3. Semester, deren Ausfall endgültig über Abbruch oder Fortführung des Studiums in der betreffenden Fachrichtung entscheidet. Solche eine Fachauslese erscheint geeignet, die Studienplätze für wirklich aussichtsreiche Bewerber verfügbar zu halten.
3. Zur Vermeidung der Überlastung der Ordinarien sind in einer so angemessenen Zahl ausreichend dotierte Planstellen für Dozenten und Assistenten vorzusehen, daß die Hörerzahl in den Vorlesungen und die Teilnehmerzahl in den Seminaren und Arbeitsgemeinschaften so klein gehalten werden kann, wie es erforderlich ist, um den Seminarleitern die Möglichkeit zu geben, die Teilnehmer im Bezug auf ihre fachliche Qualifikation beurteilen zu können.
4. Forscherpersönlichkeiten, die ausschließlich der Forschung dienen wollen, mögen von Vorlesungsverpflichtungen soweit entlastet werden, wie es ihren persönlichen Wünschen entspricht.
5. Bei aller unvermeidlichen Aufteilung der Disziplinen in Abteilungen, Fachgruppen usw. kommt es entscheidend darauf an, derartige Abgrenzungen nur als "Verwaltungsgrenzen" zu behandeln, um das Zusammenwirken von Forschergruppen in jeder Weise zu fördern.

Insgesamt kommt es bildungsökonomisch darauf an, wenn von einer Universität neuen Typs zu sprechen ist, den Gedanken der

Schaffung einer Leistungs-Universität

mehr in den Vordergrund zu stellen. Die Bezahlung nach Leistung, welche in gehobenen Positionen der gewerblichen Wirtschaft ein allgemein übliches Verfahren ist, läßt die Auffassung vertreten, daß die Leistungsfrage auch bildungspolitisch Bedeutung hat.

In diesem Zusammenhang kann ein Problem nicht unerwähnt bleiben. Die allgemeine Entwicklung, welche zur wachsenden Einsparung von Menschen dort zwingt, wo Maschinen unter Kosteneinsparung einzusetzen sind, geht auch am Staats- und Kommunalverwaltungsapparat nicht vorüber.



Was die L e h r e angeht, so wird es darauf ankommen, in Ostwestfalen mit 2,7 Millionen Einwohnern darauf hin zu zielen, daß der Universitätsstandort im Zentralraum ausgewählt wird, um für die bei weitem überwiegende Mehrzahl der Studienwilligen des gesamten Raumes die Möglichkeit einer kostensparenden Studienausbildung zu nutzen. Dabei ist zu erwähnen, daß der in unseren Übersichten und auf der Übersichtskarte näher gekennzeichnete Zentralraum von allen Teilen im Norden, Osten, Süden und Westen fast zu 100 % durch Autobuslinien-Benutzung erreicht werden kann. Es liegt also durchaus im Bereich des Möglichen, daß die Masse der Studierenden vom Zentralraum aus nicht genötigt wären, einen zweiten Wohnsitz am Studienort während der gesamten Studiendauer zu begründen. Bei dieser außerordentlich günstigen Verkehrssituation des Zentralraumes, die konkret gesehen in etwa der Lage entspricht, wie sie ehemals in Groß-Berlin von der dortigen Universität gegenüber der überwiegenden Zahl der Landkreise der Provinz Brandenburg bestanden hat, erscheint es bedeutsam, den Umfang der Studienplätze für die wichtigsten Disziplinen so zu bemessen, daß die raumeigenen Studienbeflissenen auch wirklich in Ostwestfalen ihre Ausbildungswünsche erfüllt bekommen.

Zu dieser von der Bevölkerung des Raumes her durchaus verständlichen Auffassung ist hinsichtlich der Ausrichtung der Lehrdisziplinen ferner zu beachten, daß in Paderborn bereits eine theologisch-philosophische Akademie besteht, der es obliegt, theologischen Nachwuchs auch und nicht zuletzt für den Teil der Diözese auszubilden, der sich in der sowjetisch-besetzten Zone befindet. Ferner beinhaltet Ostwestfalen als raumeigener Art eine solche Fülle von spezifischen Problemen, daß sich hier geradezu mit Naturnotwendigkeit die hochschulpolitische Aufgabe ergibt, in die Reihe der Lehrdisziplinen auch die raumbezogenen Disziplinen einzubeziehen, die ohnehin unter den Forschungsdisziplinen einen angemessenen Platz erhalten. Damit ergibt sich für Nordrhein-Westfalen, das ja auch die vorläufige Bundeshauptstadt Bonn und deren Behörden mit zu betreuen hat, eine möglicherweise zu nutzende Chance.

Nicht wenige Politiker habenseit geraumer Zeit mit Befremden verfolgt, daß sich das Auswärtige Amt mit seinen Auslandsvertretungen in eine relativ ungünstigen Lage hineinmanövriert hat. Es ist hier zwar nicht der Ort, um zu außenpolitischen Fragen Stellung zu nehmen, aber es dürfte an der Zeit sein, zur Ausbildungsfrage des diplomatischen Dienstes einige Bemerkungen einzuflechten. Von einigen Ausnahmen abgesehen ist das Gros der Mitglieder des diplomatischen Dienstes durch die juristische Studienausbildung gegangen. Damit wird ein Verfahren fortgesetzt,

das zweifellos aus der historischen Entwicklung verständlich sein mag. Angesichts der Tatsache aber, daß der diplomatische Dienst gegenwärtig und in der Zukunft vermutlich noch sehr viel stärker auf Kräfte angewiesen sein wird, die über sehr eingehende allgemeine ökonomische und insbesondere über raumökonomische Kenntnisse, über raumsoziologisches Wissen und raumpolitische Kräfte von grundauf verfügen bzw. unterrichtet sind, läßt sich nicht leugnen, daß eine Anpassung des Ausbildungsverfahrens an die "Neue Wirklichkeit" erforderlich zu sein scheint. Dafür spricht außerdem auch eine allgemein wenig beachtete Tatsache. Der Referendar, der den juristischen Studiengang absolviert hat, ist sehr viel mehr auf alles andere ausgerichtet, als auf konstruktives Denken und konstruktives Arbeiten. Vom Diplomaten der Gegenwart und Zukunft aber muß angesichts der weltweiten Entwicklungsvorgänge offenbar mit Recht erwartet werden, daß er im konstruktiven Denken geschult ist und in der Lage, sich jederzeit und an jedem Ort mit den raumspezifischen Problemen auseinanderzusetzen. So liegt es nahe, in der Ostwestfalen-Universität die Möglichkeit zu erwägen, einen besonderen Studiengang zur Vorbereitung auf den diplomatischen Dienst einzurichten, zumal hier die das Raumproblem behandelnden Disziplinen einen Standort für Lehre und Forschung zu erhalten wünschen. Für eine Modernisierung der Ausbildung von Anwärtern des diplomatischen Dienstes spricht schließlich auch das französische Verfahren.

Von diesen Erwägungen ausgehend sind für die Ostwestfalen-Universität  
L e h r d i s z i p l i n e n erforderlich für:

Theologie  
Pädagogik und Philosophie  
Rechtswissenschaft  
Verwaltungswissenschaft  
Volkswirtschaft  
Raum-Politik, -Soziologie, -Ökonomik  
Medizin  
Sport

Daneben aber gilt es, in diesem Zusammenhang der F o r s c h u n g wirklich einmal Raum zu geben. Hierbei liegt es mehr als nahe, von den räumlichen Gegebenheiten aus daranzugehen, die entsprechenden Forschungsgruppen zu entwickeln, deren wissenschaftliche Kräfte naturgemäß auch für Lehrzwecke im angemessenen Umfang zur Verfügung stehen.

Ohne mit der gewählten Reihenfolge irgendwie eine Rangordnung begründen zu wollen, wird an erster Stelle genannt:

die naturwissenschaftliche Forschungsabteilung

Unter den hier besonders vorzusehenden Forschungsgruppen sei hervorgehoben:

- a) Klimaforschung
- b) Physikalische Medizin
- c) Medizinische Klimatologie
- d) Biochemie mit Spezialausrichtung für:
  1. Medizin
  2. Tiermedizin
  3. Forstwirtschaft
  4. Grünlandwirtschaft
  5. Ernährungsphysiologie

## II. die theologische Abteilung

Unter Heranziehung bzw. Eingliederung der philosophisch-theologischen Akademie Paderborn und des Johann-Adam-Möhler-Instituts wäre ein besonderer Forschungsgrundauftrag, die Wiedervereinigung der Christen, vorzusehen, der als Gemeinschaftsaufgabe von Theologen beider Konfessionen durchzuführen wäre. Gerade im Zentralraum Ostwestfalen hätte eine solche Forschungsabteilung deswegen einen hervorragend geeigneten Standort, weil von hier aus seit geraumer Zeit sehr ernsthaft um die einschlägigen Fragen im theologisch-philosophischen Bereich gerungen wird.

## III. die historisch-philosophisch-politische Abteilung

Mit dem Auftrag der Grundlagenforschung im Bereich der Beziehungen von Geschichte, Politik und Raum.

Mit der Begründung dieser Forschungsabteilung wäre das Fundament zu legen, um die Vorbildung für den diplomatischen Dienst auf eine sehr wirklichkeitsnahe Ebene zu heben.

## IV. die verwaltungswissenschaftliche Abteilung

Ihre Ausrichtung gilt der Heranbildung von Verwaltungsfachleuten für den höheren Dienst. Sie hätte in enger Zusammenarbeit mit den Forschungsplätzen und Lehrstühlen für Raumsoziologie und Raumökonomik die Grundlage für eine wirklichkeitsnähere Ausbildung von Verwaltungsfachleuten zu schaffen. In ihren Bereich gehören:

Finanzwirtschaft  
Kommunalwirtschaft  
Verkehrswirtschaft  
Versicherungswirtschaft  
Raumwirtschaft  
Bürgerliches und Strafrecht  
Staats- und Verwaltungsrecht  
Handelsrecht  
Steuerrecht  
Sozialrecht

## V. die medizinische Abteilung

Ihrer besonderen Bedeutung wegen sollte ein volles Klinikum nicht gescheut werden, das um besondere Forschungseinrichtungen und Lehrstühle für physikalische Medizin, Ernährungsphysiologie des Raumes, Raummedizin und Bäderkunde Ostwestfalens zu erweitern wäre. Dabei ist zu beachten, daß gegenwärtig kaum die Möglichkeit besteht, aus Ostwestfalen schwierige Krankheitsfälle in ein Institut der noch nächstgelegenen Universitäten zu überführen, weil diese restlos aus ihren eigenen Einzugsräumen beansprucht werden. Auch aus diesem Gesichtspunkt heraus ist eine volle medizinische Abteilung in Ostwestfalen am rechten Ort.

VI. die Abteilung für Raumökonomik und Raumsoziologie

Als zentrale Forschungsaufgaben und entsprechende Forschungsgruppen sind aufzuführen:

Ostwestfalen

Im Kontaktverfahren zur Grundlagenklärung wird sich eine besondere Arbeitsweise zu entwickeln haben, um ausgehend von der Grundlagenforschung mit Hilfe der Untersuchung physikalischer, chemischer, biologischer, klimatologischer, bodenkundlicher, botanischer, zoologischer, geographischer und geologischer Voraussetzungen, zu klären, wie es um die Basen für die Entwicklung **s o z i o l o g i s c h e r** und **ö k o n o m i s c h e r** Verhältnisse bestellt ist. Anhand der bei der Klärung ostwestfälischer Raumfragen sich ergebenden Erfahrungen wird es wichtig sein, Methoden für die Erforschung von Räumen grundsätzlich zu entwickeln und anzuwenden auf:

Westeuropa  
Osteuropa  
A-Kontinente.

Forschungs- und Lehrinstitute für Raumsoziologie  
mit Untergliederung nach geographisch-klimatologisch differenzierten Bezirken und Forschungsgruppen für Gemeindegrößenklassen, Berufsgruppen, Einkommensverhältnisse, Altersstufen, Unternehmensformen.

Forschungs- und Lehrinstitute für Raumökonomik

- a) biologische Grundrichtung:
1. Bäderwirtschaft
  2. Forstwirtschaft
  3. Landwirtschaft spezialisiert auf Grünlandwirtschaft und Rindviehhaltung
  4. Tiermedizin mit Rindviehlinik
  5. Ernährungswirtschaft
- b) ökonomische Grundrichtung:
1. Agrarökonomik m. Erzeugungsökonomik  
Verarbeitungsökonom.  
Veredelungsökonomik  
(mit Einbeziehung der Bundesanstalt für Getreideverarbeitung in Detmold)
  2. Industrieökonomik
  3. Handwerksökonomik
  4. Handelsökonomik
  5. Banken-Ökonomik
  6. Versicherungsökonomik
  7. Versorgungsökonomik (Strom, Gas, Kohle)
  8. Verkehrsökonomik

- c) politische Grundrichtung:
1. Agrarpolitik
  2. Industriepolitik
  3. Handwerkspolitik
  4. Finanzpolitik
  5. Handelspolitik
  6. Außenhandelspolitik
  7. Verkehrspolitik
  8. Versicherungspolitik
  9. Versorgungspolitik
  10. Gesellschaftspolitik
  11. Gewerkschaftspolitik
  12. Sozialpolitik
  13. Allgem. Wirtschaftspolitik

d) speziell räumliche Fragestellung:

Theorie der Ökonomik des Raumes  
Theorie der produktiven Kräfte d. Raumes

Anschließend an diese Teilanalyse zur Lage der Gegenwarts- und abzusehenden Zukunftsprobleme bildungsökonomischer Art im Landesbereich liegt es nunmehr nahe, die Frage nach Ostwestfalens Leistungsentfaltung und Wiederbegründung seiner Universität in Paderborn zu überprüfen und zu beantworten, soweit der erteilte Auftrag geht.

